

Jugendarbeit: Parteien fordern neue Konzepte

Artikel aus der Leonberger Kreiszeitung vom 17.03.2010

Leonberg Statt eines Kahlschlags bei Jugendhäusern sollen neue Ansätze her. Von Michael Schmidt

Der Protest der Jugendlichen zeigt erste Wirkung. In einer Pressemitteilung haben die Vorsitzende des CDU-Stadtverbands Sabine Kurtz mit dem Vorsitzenden der Jungen Union, Simon Ruppert, vor einem "Kahlschlag" gewarnt. Auch der Vorsitzende der SPD-Juso AG Weil der Stadt/Leonberg, Henrik Voß, warnt vor der Schließung aller Jugendhäuser. Die Stadtverwaltung hat, um fünf Millionen Euro einzusparen, auch die Schließung aller Jugendhäuser vorgeschlagen.

"Leonberg soll eine kinder- und jugendfreundliche Stadt bleiben", fordert Sabine Kurtz, die zugleich jugendpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion ist. "Jugendhäuser sind eine Anlaufstelle für Jugendliche", sagt der JU-Vorstand Simon Ruppert. Allerdings fordert die CDU angesichts der Leonberger Finanznot, "Doppelstrukturen abzubauen", die Träger der offenen Jugendarbeit sollten Kooperationen mit Kirchen oder Vereinen erwägen, um weiter in allen Stadtteilen präsent zu sein. Zudem böten Ganztageschulen, Schulsozialarbeit und mobile Jugendarbeit neue Möglichkeiten für die Arbeit.

Nicht zuletzt müsse der Gemeinderat bei der sorgfältigen Abwägung der Sparvorschläge bedenken, dass die Stadt attraktiv für Familien bleiben müsse. "Diesen Standortfaktor dürfen wir nicht aus der Hand geben." Ausdrücklich den Erhalt der Jugendhäuser in der bisherigen Form fordert die CDU nicht. Das tut hingegen der Jungsozialist Henrik Voß. "Mit dieser Entscheidung würde man vor allem sozial schwächere und benachteiligte Kinder und Jugendliche treffen", so Voß. Es sei unstrittig, dass der Bedarf an Jugendarbeit in den vergangenen Jahren gestiegen ist. Die Leonberger Jugendhäuser haben in den letzten Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet. Anstatt diese, nicht nur für die Jugendlichen wichtige Arbeit anzuerkennen, will die Stadtverwaltung den Jugendlichen nun die einzigen Anlaufstellen in der Stadt nehmen.

Statt der geplanten Einsparung von rund 500 000 Euro bei den Jugendhäusern solle die Stadt die Grundsteuer noch weiter als geplant erhöhen, fordert Voss. Sozial Schwächere würde das wegen höherer Mietnebenkosten kaum treffen, argumentiert Henrik Voß: Bei sozial Schwächeren würde durch die Wohngeldregelung eine Mieterhöhung nicht oder nur zu einem kleinen Teil ankommen.